



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Gabriele Schmidt
Landesbezirksleiterin NRW

ver.di Landesbezirk NRW • Karlstraße 123 - 127, 40210 Düsseldorf

An den
Ministerpräsidenten des
Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Armin Laschet
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Landesbezirksleitung NRW

Karlstraße 123 - 127
40210 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 61824-0
Telefax: 0211 / 61824-461

Offener Brief

Datum	6. Mai 2020
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	schm/ke
Durchwahl	100/101 Fax: 461

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in der aktuellen Corona-Pandemie sind die Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens in NRW inklusive der Auszubildenden einer besonderen Belastung ausgesetzt. Unabhängig von ihrem direkten Kontakt zu Covid-19-Infizierten wurde nicht nur von den Arbeitgebern und Trägern, sondern vor allem von den Beschäftigten die Herausforderung angenommen, sich mit großem Einsatz auf aktuelle Krisensituation einzustellen.

Gewohnte Arbeitsabläufe wurden angepasst, Hygienekonzepte erarbeitet und getestet, Versorgungsstrukturen verändert, das Wissen zu Infektionsschutz aufgefrischt oder sogar kurzfristig an Auffrischungsschulungen und Einweisungen in Geräte und Techniken teilgenommen. Dies alles, damit die Betriebe des Gesundheits- und Sozialwesens bestmöglich auf eine deutlich schlimmere Belastung, als sie jetzt vorliegt, vorbereitet sind.

In der gesamten Phase mussten sich diese Beschäftigten noch mal anders mit der Frage der eigenen Gefährdung sowie der Gefährdung ihrer Angehörigen auseinandersetzen, da sie in den Bereichen mit den höchsten Infektionsrisiken arbeiten. Dies geschah in einer Situation, die über Wochen von einer deutlichen Unterversorgung mit persönlicher Schutzausrüstung geprägt war und es in nicht wenigen Bereichen auch bis heute noch ist.

Aufgrund des nicht eingetretenen Anstiegs der Covid-19-Infiziertenzahlen hat sich die reale Belastungssituation sehr unterschiedlich entwickelt. Die Beschäftigten, die in der Direktversorgung der Infizierten arbeiten, erleben die oben beschriebene Belastung hautnah und auch deren Umfeld ist sehr konkret damit konfrontiert.

In der Psychiatrie beispielsweise wirken sich die angsteinflößende Gesamtsituation und die besonderen Therapiesettings in Kombination mit Einschränkungen

der persönlichen Freiheit direkt negativ auf die Genesungsverläufe der Patienten*innen aus. In der Altenpflege führt das Besuchsverbot zu einer deutlichen Mehrbelastung für das Personal, das neben der Unterstützungsleistung auch die fehlenden Kontakte mit Angehörigen auffangen muss. Die Schließung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen führt zu extrem angespannten Situationen in den entsprechenden Wohnheimen, in denen die Umsetzung notwendiger Hygienekonzepte eine zusätzliche Herausforderung ist. Die pädagogischen Konzepte in Kitas werden derzeit nur in verkleinerten Gruppen umgesetzt. Die allgemeinen Kontaktbeschränkungen und Schulschließungen führen zu vermehrter Inanspruchnahme von sozialen Hilfsdiensten, die diesen Bedarf wiederum nur unter erschwerten Bedingungen nachkommen können.

Diese nur beispielhaften Beschreibungen der realen Belastungssituation werden möglicherweise durch die Unwägbarkeit der Entwicklung der Infektionszahlen im Verlauf der von der Landes- und Bundesregierung eingeleiteten Lockerungsmaßnahmen verschärft. In den Krankenhäusern werden die Belegungszahlen erhöht, auch in anderen Bereichen soll es zeitnah zu ersten Lockerungen kommen. In Kombination mit den allgemeinen Maßnahmen wie Ladenöffnungen und Schulteilöffnungen entsteht für die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen eine sehr konkrete Angst, in ein paar Wochen von einer zweiten Welle betroffen zu sein.

Uns ist es wichtig zu betonen, dass diese Belastung in einzelnen Teilbranchen oder Berufsgruppen sicherlich unterschiedlich ist, die Herausforderung dieser Zeit aber nur von allen Beschäftigten gemeinsam geleistet werden kann.

Deshalb fordern wir die Landesregierung NRW auf, den von der Bundesregierung geschaffenen Rahmen von 1.500,- € steuerfreier Zahlungsmöglichkeit zu nutzen und für die Dauer der Pandemie, mindestens aber für die Monate April, Mai und Juni 2020, eine Prämie von 500,- € pro Monat für alle Beschäftigten und Auszubildenden im Gesundheits- und Sozialwesen in NRW zu zahlen.

Die Berichte über unzureichende Schutzausrüstung und Schutzkonzepte erreichen uns in unterschiedlicher Ausprägung immer noch aus allen Teilbranchen des Gesundheits- und Sozialwesens. Für Beschäftigte ist es unverständlich, dass in der Einrichtung „nebenan“ eine generelle Maskenpflicht verhängt wird, weil ausreichend davon vorhanden sind, im eigenen Betrieb aber der Hinweis kommt, dass mit einer Maske 5 Tage gearbeitet werden muss. Diese können nur bei nachgewiesener Verschmutzung vorab ausgetauscht werden. Die ungleiche Verteilung der Schutzmaterialien und damit auch die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes durch die Arbeitgeber wird deutlich, wenn man bedenkt, dass in einigen Einrichtungen, darunter auch Seniorenzentren mit Covid-Infizierten, auch Community-Masken als ausreichend angesehen werden. Noch willkürlicher wird es aus unserer Sicht, trotz klarer RKI-Empfehlungen, beim Schutz von Beschäftigten, die selbst der Risikogruppe angehören. Dabei wird in einigen Fällen die Einschätzung von Abteilungsleiter*innen oder Chefärzten*innen der RKI-Empfehlung vorgezogen und Beschäftigte werden davon abgehalten, für ihren eigenen Schutz Sorge zu tragen und sich in andere Bereiche zu bewerben. Dies entspricht nicht den Erwartungen der Beschäftigten, die sich um ihre eigene Gesundheit sorgen.

Während die öffentliche Debatte von Testkapazitäten für Fußballspiele bestimmt wird, sind die von uns geforderten regelhaften Testungen in den Gesundheitseinrichtungen noch immer nicht möglich. Dies nährt bei den Beschäftigten das Gefühl, dass ihre Sicherheit nicht oberste Priorität hat.

Wir fordern die Landesregierung NRW nachdrücklich auf, dem Schutz der Beschäftigten, die in vorderster Reihe dem Infektionsrisiko ausgesetzt sind, höchste Priorität zu geben. Nicht nur die Beschaffung und Bevorratung, sondern auch die sachgemäße Verteilung der Schutzausrüstung ist sicherzustellen und regelhafte Testungen der Beschäftigten sind zu ermöglichen. Zudem bedarf es eines Anspruchs auf Arbeiten in Nicht-Risikobereichen für Beschäftigte, die einer Risikogruppe angehören.

Des Weiteren sind für uns die langfristigen Konsequenzen, die die Gesellschaft und die Landesregierung NRW aus den Erfahrungen zieht, die wir gerade in dieser besonderen Anspannungssituation erleben, für uns als Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen von besonderer Bedeutung. Wie im Brennglas hat die Corona-Pandemie aufgezeigt, wie fehlerhaft es war, das Gesundheits- und Sozialwesen immer mehr dem Markt und seinen auf Profitwirtschaftung und Einsparung ausgerichteten Mechanismen zu überlassen. In nahezu allen aktuell als systemrelevant bezeichneten Berufen gibt es zu wenig Personal, gesetzliche Vorgaben zu Personalbemessungen werden gescheut oder auf ein Niveau festgelegt, dass die Versorgung im gefährlichen Bereich staatlich legitimiert. Die unzureichende Finanzierung der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in nahezu allen Bereichen verhindert die bedarfsgerechte und menschenwürdige Versorgung und Begleitung der zu Betreuenden und übt zusätzlichen Druck auf die Träger aus, an der Qualität der Versorgung, der Bezahlung des Personals oder dem Personal selbst zu sparen. Das daraus resultierende niedrige Bezahlungsniveau führt dazu, dass sich in Kombination mit der hohen Verantwortung und den schlechten Arbeitsbedingungen immer weniger Menschen vorstellen können, in den Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens langfristig zu bleiben oder entsprechende Ausbildungen zu beginnen. Die Corona-Krise bietet die Möglichkeit, die Fehlentwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte anzugehen und einen grundsätzlich anderen Kurs einzuschlagen:

Wir fordern die Landesregierung auf, aus der Corona-Krise zu lernen und ein grundsätzliches Umdenken bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens einzuleiten. Dazu gehört, dass ökonomische Anreize aus der Arbeit mit Menschen verbannt werden und eine Finanzierung sichergestellt wird, die sich einzig an den Bedarfen der zu Betreuenden ausrichtet. Dazu gehört eine verbindliche Festlegung von Personalstandards, die eine hohe Versorgungsqualität und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherstellt. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, sich da, wo das Land NRW oder seine Einrichtungen selbst Tarifpartner sind, deutliche Entgelterhöhungen für die Beschäftigten zu verhandeln. Für die anderen Tarifbereiche im Gesundheits- und Sozialwesen fordern wir die Landesregierung auf, über Refinanzierungsregelungen und politische Rahmensetzungen und Einflussnahme auf Bundesebene für deutliche höhere Entgelte zu sorgen.

In der konkreten Umsetzung des letzten Punktes wären die Beendigung der Zersplitterung der Betriebsstrukturen durch nicht tarifizierte Tochtergesellschaften und ein Neustart der zukünftigen Ausrichtung der Krankenhausplanung NRW ein Zeichen, dass die Landesregierung sofort umsetzen könnte. Für alle anderen Bereiche stehen wir für eine Diskussion gerne zur Verfügung.

Da uns diese Forderungen tagtäglich aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens erreichen, werden wir den Beschäftigten im Rahmen einer landesweiten Unterschriftensammlung die Möglichkeit geben, ihre Erwartungen an die Landesregierung zum Ausdruck zu bringen.

Wir werden zu gegebener Zeit bezüglich einer Übergabe auf Sie zukommen.

Es ist sicherlich schwierig, in der Corona-Pandemie auch Gutes zu sehen. Wenn wir aber die Erfahrungswerte dieser Zeit nutzen, um unser Gesundheits- und Sozialsystem neu auszurichten und die Beschäftigten, die tagtäglich für unsere Gesellschaft arbeiten, besser zu bezahlen und ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, wäre dies ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Schmidt
Landesbezirksleiterin

PS: Ein gleichlautendes Schreiben haben wir an Minister Laumann versandt. Die Fraktionen der CDU, FDP, SPD sowie der Grünen im Landtag NRW haben dieses Schreiben zur Kenntnis erhalten.